

Zukunft zusammen mit den Bürgern gestalten

von Stefan Schmidt, Bezirksvorsitzender, Mitglied des Bayerischen Parteirats und

Dr. Thomas Gambke, MdB, stellv. Mitglied der Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“

„Laptop und Lederhose“, unter diesem Slogan wollte einst Edmund Stoiber die Zukunft Bayerns gestalten. Was rauskam war eine zukunftsblinde Kostensenkungssorgie. Es wurde nur noch dort investiert, wo es sich für den Investor rechnete. Der dringend notwendige Umbau im Bildungsbereich: Fehlanzeige. Die Staatsregierung unter Ministerpräsident Seehofer hat nun – mit Steuermitteln – einen Zukunftsrat mit einer Studie beauftragt. Die 99 Seiten der Studie des Zukunftsrates mit der Überschrift „Zukunftsfähige Gesellschaft – Bayern in der fortschreitenden Internationalisierung“ enthalten viele richtige Empfehlungen. Passagen zur demografischen Entwicklung, zur Breitbandversorgung, zum ökologischen Landbau, zur Elektromobilität, zur Telearbeit, zur Migration, zu Nachhaltigkeitsindikatoren – da können wir nur sagen: Das sind Kernpunkte der programmatischen Aussagen der Grünen.

Das gilt aber beileibe nicht für alle Aussagen: An einigen Kapiteln haben offensichtlich eher „politisch Betriebsblinde“ mit persönlichen Steckenpferden gearbeitet.

Einige Grundannahmen des Zukunftsrates greifen viel zu kurz: Ein Konzept über die Entwicklung einer zukunftsfähigen Gesellschaft darf nicht nur die Wirtschaftsleistung als Ziel haben. Die Wirtschaftsleistung ist nur einer von vielen Faktoren und lässt viele Lebensbereiche, aber auch ganze Bevölkerungsteile unberücksichtigt. Und dann ist der ländliche Raum eben nicht nur der Schlafort von Arbeitskräften, sondern Lebensraum für BürgerInnen. Und dieser Lebensraum braucht mehr als die Erreichbarkeit eines Zentrums im Stundenradius. Er braucht ein tragfähiges Konzept zur nachhaltigen Entwicklung und es muss gelten: Stärken stärken und Schwächen abbauen, z.B. durch einen zielgerichteten Ausbau von Einrichtungen öffentlicher Daseinsvorsorge, gerade (auch) im ländlichen Raum. Diese Grundversorgung zu definieren sollte als politische Aufgabe angegangen werden.

Im Zentrum unserer Kritik steht aber das Verfahren des Vorgehens: Die Entwicklung einer „Zukunftsfähigen Gesellschaft“ ohne Beteiligung der Bürger ist schlicht ein Vorgehen aus der Vergangenheit. Gerade bei solch wichtigen Fragen, die die Lebensbedingungen aller Bürgerinnen und Bürger betreffen, ist auch die Einbindung aller Bürger entscheidend. Wir Grünen machen das Beispiel gebend mit den Prozess „Mein Bayern“.

Schade, dass die Staatsregierung diejenigen, um die es geht, auf den Zug in die Zukunft nicht mitgenommen hat. Und schade auch, dass Visionen des Zukunftsrates gar nicht erst durchdacht werden konnten, bevor die Staatsregierung mit Plattitüden weiter wurschtelt. Die

Staatsregierung hat eine Chance zur Gestaltung der Zukunft vertan. Das müssen wir Grüne verändern. Zeit wird's.